

Statt Wahl neues AStA-Kollektiv?

Linke Hochschulbünde wollen Studentenschaftsarbeit aktivieren

(kn). „Nachdem sich auf der letzten Studenten-Parlaments-Sitzung herausstellte, daß die den AStA bisher tragenden Basisgruppen nicht mehr in der Lage sind, einen neuen AStA zu stellen und die Neuwahlen zum Studentenparlament aufgrund der nicht-geheimigten Wahlordnung und Satzung erst im Sommersemester 73 stattfinden können, ergab sich die Notwendigkeit der Bildung eines neuen AStA, zumal der alte bereits seit eineinhalb Jahren im Amt ist.“

So der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ und der „Sozialdemokratische Hochschulbund“ an der Darmstädter Technischen Hochschule in einer gemeinsamen Erklärung zu der Situation der Darmstädter Studenten-

schaft, über die wir in den letzten Ausgaben mehrfach berichtet haben. Die beiden linken Bünde haben deshalb beschlossen, „auf der nächsten Sitzung des Studentenparlaments der TH ein gemeinsames AStA-Programm vorzulegen und ein AStA-Kollektiv zur Wahl zu stellen“.

Das in den nächsten Tagen zu veröffentliche Programm der beiden Links-Gruppierungen, „das auf einer Politik der gewerkschaftlichen Orientierung basiert“, setzt dem Allgemeinen Studenten-Ausschuß folgende Schwerpunkte: „Stärkung der Organe der verfaßten Studentenschaft; Vertretung der materiellen und sozialen Interessen; Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen po-

litische Disziplinierung; Vorschläge für eine demokratische Studienreform; Internationalismus-Arbeit; Erweiterung der innerhochschulischen Kommunikation und Zusammenarbeit mit Gruppen außerhalb der Hochschule, insbesondere Gewerkschaften, Schülervertretungen und fortschrittlichen Parteijugend-Organisationen.“

Mit diesem Programm und dem von ihnen zur Wahl gestellten AStA-Kollektiv wollen die beiden linken Studentenbünde eine Stärkung des AStA erreichen, „insbesondere wegen der Angriffe von RCDS und NHB auf das politische Mandat der Studentenschaft“. Ein vom Marxistischen Studentenbund und im Sozialdemokratischen Hochschulbund getragener AStA will für die Genehmigung der im Januar 71 urabgestimmten und beschlossenen Satzung eintreten.